Ettlessen in Chemnitz einen offenen Brief an Herrn Richard Lipinski, in dem es heißt:

Da ich nicht annehme, daß ein Minister bewußt die Unwahrheit sagt, — in früheren Zeiten war das jedenfalls nicht üblich, — möchte ich Sie darauf aufmerksam machen, daß Sie belogen worden sind, denn:

1. Es ist nicht wahr, daß ich Hörer an der Gewerbeakademie in Chemnitz war;
2. Es ist nicht wahr, daß ich Verbindungsmann für eine Organisation C war;
3. Es ist nicht wahr, daß ich im Mai mit Kapitän Ehrhardt und einem Herrn Glodkowsky in Leipzig gewesen bin;
4. Es ist nicht wahr, daß ich mit Killinger und Kraus in Breslau gewesen bin.

Indem ich noch bemerke, daß ich einen 2 Mark-Schein mit einem daraufgestempelten Wikingerschiff in meinem Leben nie gesehen habe, habe ich somit **jeden** Tag, den Sie über mich gesprochen haben, Lügen gestraft.

Das genügt mir.

Jedenfalls geht aus allem hervor, daß das Material des Ministers d. J. nicht einwandfrei ist, daß mindestens Dichtung und Wahrheit stark gemischt sind. Das eine — und darauf kommt es an — liegt schon jetzt auf der Hand: **an einen bewaffneten Umsturz der Verfassung hat kein Mensch im Bürgertum gedacht.** Es wäre sehr zu begrüßen, wenn **der gleiche Eifer,** Umsturzpläne an das Licht zu bringen, der linksradikalen Seite gegenüber behördlicherseits gezeigt würde. Bestrebungen aber mit dem Zweck, die Verfassung gegen Umsturzpläne **von links zu schützen,** sollten einem Minister nur willkommen sein.

* * *

Der Leipziger Waffenring, dem die Leipziger Studentenverbindungen angehören, veröffentlicht folgendes:

Der sächsische Minister des Innern hat in seiner Rede über angebliche Geheimbünde in Sachsen u. a. erwähnt, daß im Klubgebäude der Studentenvereinigung „Saxonia" in **Leipzig** nach einer Zusammenkunft mehrere Mitglieder studentischer Verbindungen „**Der Leipziger Waffenring**" als eine geheime Kampforganisation, eine Abteilung der nationalen Brigade Ehrhardt, gebildet worden sei.

Es wird angenommen, daß der Minister an den Ernst der ihm hinterbrachten Mitteilungen geglaubt hat. Jeder Akademiker dagegen hat die Worte des Ministers nur mit starker Verwunderung und **offener Entrüstung** lesen können.

Jeder Student, jeder Angehörige einer studentischen Korporation, ebenso jeder, der früher einer studentischen Vereinigung angehört hat, weiß, daß der „Waffenring Leipzig" als Ortsgruppe des Allgemeinen Deutschen Waffenrings (ADW.) lediglich eine Vereinigung fast sämtlicher, farbentragender und eines Teils der nicht farbentragenden Korporationen der Universität Leipzigs ist. Im Waffenring sollen satzungsgemäß die gemeinsamen Interessen des darin vereinigten Studentums gewahrt und nach außenhin vertreten werden. (§ 2 der Satzungen des Leipziger Waffenrings.)

Der Waffenring ist infolge seiner einwandfreien Ziele von der Universitätsbehörde anerkannt.

Gleiche Vereinigungen wie in Leipzig befinden sich **an allen Universitäten und Hochschulen.** Die Einrichtung ist nicht neu; gehen doch die Verhandlungen zur Bildung eines Allgemeinen Deutschen Waffenrings bis in das Jahr 1913 und noch früher zurück. Schon daraus geht hervor, daß der Waffenring **sich von jeder politischen Tendenz fernhält.**

* * *

Die Meldung, nach der die **deutschnationale Fraktion** im Sächsischen Landtag einen Antrag auf Besprechung der **Lipinskischen „Enthüllungen"** eingebracht habe, ist **vollständig erfunden.** Der Antrag wäre auch überflüssig, da am nächsten Dienstag anläßlich der politischen Aussprache über die Anfrage der Deutschnationalen zu den Aeußerungen des Kultusministers Fleißner im Sinne der Räudiktatur, Gelegenheit sein wird, die Lipinskischen „Enthüllungen" noch rechtzeitig vor den Stadtverordnetenwahlen in Sachsen als **parteitaktisches Wahlmanöver zu entlarven.**

* * *

Leipzig. Der Minister des Innern hat die Auflösung des Vereins „Brüder vom Stein" angeordnet.

Die Kredithilfe der Industrie.

Berlin, 4. November. Heute versammelte sich der **Reichsverband der deutschen Industrie,** um den Bericht über die bisherigen Verhandlungen mit **ausländischen Finanzgruppen** wegen der Aufnahme von ausländischen Krediten zum Zwecke der Reparationsleistungen entgegenzunehmen. Man erwartet, daß die Beratungen, die morgen fortgesetzt werden sollen, zu einem Beschluß führen werden. Die Stellungnahme des deutschnationalen Abgeordneten Dr. Hugenberg wird in Industriekreisen nicht als Gegnerschaft gegen die Kreditanleihe angesehen, sondern nur als Ablehnung einer Zwangsanleihe aufgefaßt, wie sie der Gesetzentwurf des Reichswirtschaftsrates fordert. Auf diesem Standpunkt stehe die gesamte Bergwerksindustrie, weil sie in einer Zwangsanleihe den Schritt auf dem Wege zur Sozialisierung erblickt.

*

Der geplante Milliardenkredit.

Rotterdam, 4. Nov. Der „Rotterdamsche Courant" meldet aus Berlin: Mit **Holland** sind neue Verhandlungen über eine Erweiterung des Kreditabkommens aufgenommen. Die Verhandlungen mit englisch-amerikanischen Banken über eine Milliardenanleihe an Deutschland werden fortgesetzt.

Ententekontrolle unserer sozialen Fürsorge?

Berlin, 4. Nov. Wie aus parlamentarischen Kreisen verlautet, kam im Reichstagsausschuß für Sozialpolitik zur Sprache, es drohe Gefahr, daß die Entente eine **Ueberwachungskommission** in das Finanzministerium setzen wird, die die deutschen Maßnahmen für die Sozialversicherung überprüfen und darauf achten wird, daß keine Einrichtungen unserer sozialen Fürsorge weitergehender und besser sei, als in den bezüglich der sozialen Gesetzgebung am wenigsten vorgeschrittenen Ländern der Entente.

*

Die englische Besatzung Oberschlesiens.

Rotterdam, 4. Nov. Der „Courant" meldet aus London: Im Unterhaus erklärte Balfour am Montag auf eine Anfrage Leydons, daß die englischen Truppen in Oberschlesien Ende März 1922 in ihre Heimatgarnisonen zurückkehren würden. Ein früherer Termin der Rückkehr werde von dem Verlaufe der deutsch-polnischen Verhandlungen abhängen.

„Ein Hohn auf die Gerechtigkeit."

Madrid, 4. Nov. In der Kammer kritisierte Olascoaga im Hause der Debatte über Marokko scharf das Verhalten des Völkerbundsrats in der oberschlesischen Frage. Sein Spruch sei ein Hohn auf die Gerechtigkeit. In der Welt gelte allein noch brutale Gewalt.

Dresden und Königshütte.

Königshütte, 4. Nov. Dem Oberbürgermeister Brahl ist eine Entschließung des Rates der Stadt Dresden, die die Patenschaft für Königshütte übernommen hat, zugegangen. Sie lautet folgendermaßen:

„Ein unerhörter Gewaltspruch ist über Oberschlesien ergangen. Zahlreiche blühende deutsche Gemeinden, die sich in machtvoller Stimmung zum deutschen Vaterlande bekannt haben, sollen vom Reich losgerissen werden. Markheime deutscher Kultur, Werkstätten deutscher Volkskraft und deutschen Gewerbefleißes sollen zum Opfer fallen. Durch die Entziehung reicher Rohstoffquellen, durch die Entziehung großer Teile deutschen Eisens und Stahls für die Gesamtheit werden zahlreiche wichtige Betriebe der deutschen, vor allem der sächsischen Städte schwer und unmittelbar gefährdet. Die politischen Maßnahmen, welche in diesem Augenblick zu ergreifen möglich und nötig sind, müssen wir den Reichsstellen überlassen. Unseren deutschen Brüdern in Oberschlesien aber haben wir die Pflicht, zu versichern, daß wir im tiefsten Herzen mit ihnen fühlen, ihren Schmerz und ihre Entrüstung mit ihnen teilen. Vor allem wollen wir unserer Patenstadt Königshütte, deren Stadtkreis mit weit überwiegender Mehrheit sich für Deutschland erklärt hat, und die trotzdem vom Deutschen Reich getrennt werden soll, das Gelöbnis abgeben, daß wir der von uns übernommenen Verpflichtungen eingedenk seien und ihr unverbrüchliche Treue halten werden."

*

Verzweiflung im Rheinland.

Berlin, 4. Nov. In Speyer hat sich vor wenigen Tagen der Rentner Moor mit Leuchtgas vergiftet, weil er von der französischen Besatzungsbehörde gezwungen wurde, seine Villa innerhalb weniger Stunden einem französischen Offizier zu überlassen, da dem französischen Offizier die Räumlichkeiten der Moorschen Villa besser gefielen, als das bisher von ihm bewohnte Quartier.

Ueber die Kosten des **Wohnungsbaues für die Besatzungstruppen** wird aus dem Reichsschatzamt folgendes mitgeteilt: Das Bauprogramm 1920-21 für Offizierswohnungen für das gesamte besetzte Gebiet sieht die Errichtung von 2181 Wohnungen mit einem Kostenaufwand von 1 211 895 000 Mk. vor. An Unteroffizierswohnungen sieht das Bauprogramm 256 000 Wohnungen vor mit einem Kostenaufwand von 344 096 010 Mk. Für 1922 sind 1490 Offizierswohnungen, die den Betrag von 216 040 000 Mk. verschlingen werden, geplant. Die Durchführung des gesamten Bauprogramms für das Jahr 1919-22 kostet dem Reiche die Summe von **2,5 Milliarden Mark!** Eine Offizierswohnung verursacht heute im Durchschnitt einen Kostenaufwand für den Bau und Grunderwerb von 816 000 Mk., für Geräte und Ausstattung 75 000, im ganzen also kostet eine Offizierswohnung 891 000 Mark, eine Unteroffizierswohnung erfordert einen Aufwand für Bau- und Grunderwerb von 170 000 Mk. und für Geräte und Ausstattung von 37 500 Mk., zusammen also 207 500 Mk.

Winterquartiere der farbigen Rheintruppen.

Der Abtransport der farbigen Divisionen aus dem Rheinland in die Winterquartiere nach Toulon und Marseille ist nahezu beendet. Die 2. Kolonialdivision ist restlos abbefördert. Die Farbigen wurden durch die zeitweise Verlegung von weißen Franzosentruppenteilen aus Nordfrankreich nach dem Rheinland ergänzt. Dingen, das über besondere für die Schwarzen eingerichtete Kasernen verfügt, behält auch den Winter über einen Teil seiner farbigen Garnison.

Die preußische Krisis.

Berlin, 4. November. Die Parteien sind sich über die Wahl des Ministerpräsidenten noch nicht einig. Die Sozialdemokraten halten an Leinert fest und das Zentrum an Stegerwald.

Berlin, 4. November. Die deutschnationale Fraktion des Landtags hat folgende Entschließung angenommen: Die Landtagsfraktion der Deutschnationalen Volkspartei steht auf dem Standpunkt, daß der Ausfall der Landtagswahlen vom Februar dieses Jahres, wie das Interesse des Landes eine Regierung **unter Ausschluß der Rechten fordert.** Sie kann auch eine Koalition, die sich auf die Sozialdemokratie stützt, nicht als eine Regierung der Mitte, vielmehr nur als eine linke Regierung ansehen. Im Hinblick auf die gegenwärtige Gesamthaltung der Sozialdemokratie wird sie jeden sozialdemokratischen Minister auf das entschiedenste bekämpfen. Dementsprechend wird die deutschnationale Landtagsfraktion auch ihre Haltung bei der Wahl des preußischen Ministerpräsidenten einrichten.

*

Kulturkampf in Thüringen?

Weimar, 4. November. In der Ueberzeugung, daß die thüringische Regierung gegen Wortlaut und Geist der thüringischen Verfassung verstoßen hat, indem sie die Aufhebung des Reformationsfestes und die Erhebung des 9. Novembers zum gesetzlichen Feiertag im Wege der Notgesetzgebung anordnete, haben 19 Abgeordnete des Landbundes, der Deutschen Volkspartei, der Deutschnationalen Volkspartei und der Deutschdemokratischen Partei an den Präsidenten des thüringischen Landtages das Verlangen auf sofortige Einberufung des Landtages gerichtet.

*

Deutsche Lokomotiven für Rußland.

Moskau, 4. November In den nächsten Tagen werden in Moskau Vertreter deutscher, amerikanischer und englischer Maschinenfabriken erwartet. Von deutschen Industriewerken werden vertreten sein: Fr. Krupp, Borsig, Linke-Hoffmann-Breslau und „Vulkan"-Stettin. Die Reise dient Verhandlungen mit der Sowjetregierung, besonders über die Lieferung von Lokomotiven, von denen rund 700 von der Sowjetregierung bestellt sind.

Eine Botschaft Hardings an die Welt.

London, 4. November. Präsident Harding wird sich morgen abend 9 Uhr mitteleuropäischer Zeit mit einer Botschaft an die ganze Welt wenden. Diese Botschaft wird vom Weißen Hause aus durch die Newyorker Radiozentrale übermittelt werden, und bei der Reichweite dieser Stationen werden alle drahtlosen Stationen der ganzen Welt die Nachricht aufnehmen können.

Neuer amerikanischer Nationalfeiertag.

Washington, 4. Nov. Der Kongreß nahm einen Beschluß an, wonach der Tag des Waffenstillstandes zum Nationalfeiertag erklärt wird.

Ermordung des japanischen Premierministers.

London, 4. Nov. Auf den japanischen Premierminister **Hara** ist auf einer Eisenbahnstation bei Tokio ein Anschlag verübt worden. Er wurde durch einen Dolchstich lebensgefährlich verletzt. Nach einer späteren Meldung ist er an den Verletzungen gestorben. Die Beweggründe zu dem Attentat scheinen politischer Natur zu sein.

Oertliche Angelegenheiten.

* **Erhöhung der Landtagsdiäten.** Es verlautet, daß demnächst eine Erhöhung der Diäten der Landtagsabgeordneten vorgenommen werden soll. Gegenwärtig beziehen die Abgeordneten monatlich 1500 Mark während der acht Monate vom November bis Juni. Auf der **rechten Seite** des Landtags verhält man sich gegen diese Pläne **ablehnend,** man ist vielmehr der Meinung, daß es nicht nötig ist den Landtag acht volle Monate im Jahre tagen zu lassen, und daß eine **Einschränkung der Tagungsdauer** auf erheblich kürzere Zeit möglich wäre. Gerade das letztere wird von den Abgeordneten sehr gewünscht, die nicht Berufspolitiker, wie die meisten sozialistischen Parlamentarier sind, sondern **im Wirtschaftsleben stehen** und infolgedessen mit der Ausübung ihres Mandats große Opfer bringen. Eine Einschränkung der Tagungsdauer würde sehr leicht **durchführbar** sein, wenn der Landtag nicht so verschwenderisch mit seiner Zeit umginge und alle möglichen parteipolitischen Anträge, die zum großen Teile zur Kompetenz des Reichstages gehören, in weitschweifiger Art behandelte. Für das wirkliche Arbeitsgebiet des sächsischen Landtags bleibt die wenigste Zeit. Man kann auch ohne weiteres behaupten, daß der Landtag nur um deswillen früher als beabsichtigt einberufen worden war, um dem sozialistisch-unabhängigen Wahlgeschäft zum 13. November noch etwas nachzuhelfen. Das beste Beispiel für die Zeitvergeudung des Landtages bieten die ersten drei Wochen der begonnenen Wintersession. In der ersten Woche fanden zwei Sitzungen statt, in der nächsten Woche wurde nur eine gehalten und in der übernächsten fanden wieder nur zwei Sitzungen statt.

* **Die Hilfe für die Beamten im Ruhestande.** Im Beamtenausschuß des Reichstages stellte ein Regierungsvertreter die sofortige Auszahlung eines Monatseinkommens an die Ruheständler der Beamten in Aussicht und erklärte, daß die Reichsregierung die Reichspensionen mit den preußischen und bayerischen Ruhestandsbeamten gleichstellen werde. — Vom Vorsitzenden des Ausschusses wurde ferner mitgeteilt, daß die Regierung für Sonnabend die Fraktionsführer und die Mitglieder des Beamtenausschusses zur Besprechung der neuen Besoldungsordnung und der Teuerungsmaßnahmen eingeladen habe. Alles sei vorbereitet, um nach diesen Beratungen die Beträge sofort auszahlen zu lassen.

* **Der Verein ehem. Sächs. Trains** in Leipzig (E. V.) will zum Gedächtnis der zahlreichen toten Helden der Trainformationen ein Ehrenmal am Fuße des Völkerschlachtdenkmals errichten. Um das Denkmal aber in der erhofften Weise aufstellen zu können, bedarf es erheblicher Mittel. Der Verein richtet daher an alle Angehörigen, Freunde und Gönner der ehem. Trainabteilungen die Bitte, durch Geldspenden dazu beitragen zu wollen, daß dieser Gedenkstein ein würdiges Denkmal für unsere gefallenen Helden werde. Einzahlungen und Zuschriften sind an Kamerad Gustav Prüfrel, Vorsitzender des Denkmalausschusses, Leipzig, Bayerische Str. 95 III, zu richten.

* **Gerüchte von einem Eisenbahnunglück** in der Nähe von Zwickau waren heute, hervorgerufen durch Zugverspätungen auf der Strecke Zwickau—Aue, im Umlauf. Nach unseren Erkundigungen ist bei Lichtenstanne ein Güterwagen entgleist, der eine längere Verkehrsstörung verursachte.

* *

n. **Schneeberg, 5. Nov.** Bei der am 4. Dezember d. J. stattfindenden Stadtverordnetenwahl wird das gesamte Bürgertum zum erstenmal mit einer Einheitsliste auftreten. Aehnlich wie in anderen Städten, z. B. in Annaberg, haben sich hier die maßgebenden Vereine und die drei bürgerlichen politischen Parteien unter Führung des Bürgerbundes zusammengeschlossen und eine geschlossene bürgerliche Liste geschaffen. Nachdem ein engerer Ausschuß die Zusammenstellung der Liste vorbereitet hatte, wurde diese in einer größeren Versammlung nach kurzer Aussprache einstimmig gutgeheißen. An dieser Versammlung nahmen die Vertreter folgender Vereine, Organisationen bezw. politischen Parteien teil: Bürgerbund, Demokr. Partei, Deutsche Volkspartei, Deutschn. Volkspartei, Beamtenbund, Bürgerverein, Deutschn. Handlungsgeh.-Verband, Gewerbeverein, Hausbesitzerverein, Handwerkervereinigung, Innung verw. Gewerbe, Kaufm. Verein, Verband der Industriellen, Verein für den Kleinhandel. Dieser geschlossenen bürgerlichen Liste gegenüber stehen die Listen der M. S. P. D. und U. S. P. D., die diesmal bei den Wahlen angeblich getrennt gehen wollen. Als nächstes gilt es, die Wählerlisten einzusehen. Diese sind vom 6. November bis 13. November täglich von vormittags ½8 bis ½1 Uhr im Rathaus, Zimmer 9, und Sonntags von 10 bis 1 Uhr in der Polizeiwache einzusehen.

Schwarzenberg, 5. Nov. Bei dem von der Gemeinde Neudorfer ausgeschriebenen Wettbewerb für den Neubau eines Rathauses erhielt ein Entwurf des Architekten Fritz Adler, hier, den ersten Preis. Zwei weitere Entwürfe kamen an zweite und siebenter Stelle.

c. **Oberschlema, 5. Nov.** Vermißt wird der 17jährige Sohn des Schneidermeisters Nießer. Er verließ am Reformationsfest mit dem Fahrrad die elterliche Wohnung, um Verwandte in Chemnitz zu besuchen. Bis heute fehlt jegliches Lebenszeichen von ihm.

Schönheiderhammer, 5. Nov. Am vergangenen Sonntag erfolgte auf dem Uebungsplatze der von Querfurth'schen Hüttenfeuerwehr die Enthüllung und Weihe einer ehernen **Gedenktafel,** die die Wehr ihren 12 im Weltkriege gefallenen Helden errichtet hat.

* *

** **Leipzig.** Das britische Konsulat in Leipzig hatte an den Oberbürgermeister ein Schreiben gerichtet, in welchem um Abschrift des Geburtszeugnisses eines der Reformierten Kirche angehörigen Leipzigers gebeten wurde. Das Schreiben ist in englischer Sprache abgefaßt. Auf das an den Pfarrer weitergeleitete Schreiben hat dieser folgende Antwort erteilt: An das britische Konsulat in Leipzig zurück mit dem ergebensten Bemerken, daß trotz Versailles in Deutschland noch immer die deutsche Sprache die Amtssprache ist und daß ich es auch aus Gründen des nationalen Ehrgefühls ablehnen muß, die gewünschte Auskunft zu erteilen, so lange sie nicht in deutscher Sprache erbeten wird.

** **Leipzig.** Von einem Bedienungszug, welcher 30 Loren-wagen nach der Grube Heinrich bringen sollte, sind zwischen Meusdorf-witz und Heinrichsgrube neun Wagen entgleist und den Bahndamm hinuntergestürzt. Menschen sind nicht verunglückt. Der Materialschaden ist groß.

Gewerkschaftsbewegung.

* **Die weiblichen kaufmännischen Angestellten und ihre Organisation.** Während die weiblichen Angestellten im Handel, in der Industrie und bei den Behörden früher keinen Wert auf die Zugehörigkeit auf die Berufsgewerkschaft legten, hat sich in den letzten Jahren immer stärker das Bewußtsein Bahn gebrochen, daß sich auch die berufstätigen Frauen in Gewerkschaften zusammenschließen müssen, die ihre besonderen Interessen energisch wahrnehmen. Für die weiblichen kaufmännischen und Behörden-Angestellten kommt als große und einflußreiche Frauengewerkschaft nur der Verband

Salem Raucher!

Die Beibehaltung der alten, feinen Qualität macht nach Inkrafttreten der neuen Steuersätze folgende erhöhte Preisnotierungen leider unvermeidlich:

Salem Aleikum

Salem Gold

№ 40 rot, 50 grün, 60 orange, 80 gelb
40 50 60 80 Pf. d. St.

Cavalier 80 Pf. Cabinet M. 1.25 Pf. d. St.

Die Preiserhöhung ist so niedrig bemessen, daß sie nur einen Teil unserer Fabrikationskosten deckt. Sie werden durch einen wirklichen Genuß für den Preisaufschlag entschädigt.

„Yenidze"